

*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

AUSSENPOLITIK

*
*

ASIEN

*(1)

Handels- und Tourismus-Abmachungen zwischen Nepal und der Autonomen Region Tibet

Am 10. März 1986 unterzeichneten Vertreter beider Seiten in Kathmandu Abkommen über Handel und Tourismus. Tibet werde hauptsächlich Schafe, Wolle und Salz an Nepal liefern, während Nepal umgekehrt Industrieprodukte und Getreide exportiere (XNA, 12.3.86).

Der tibetischen Seite war vor allem an einer reibungslosen Abwicklung des profitablen Touristenverkehrs gelegen. Bis 1984 mußten die wenigen Touristen, die nach Tibet zugelassen wurden, den Weg über Chengdu wählen. Der Anflug von der chinesischen Küste bis nach Tibet kostete den Touristen sowohl auf der Hin- als auch auf der Rückreise jeweils einen ganzen Tag. Außerdem mußten fast sämtliche Nahrungsmittel aus Sichuan über Hunderte Kilometer Gebirgsstraße nach Lhasa hinaufgeschafft werden - ein Vorgang, der das Reisen in Tibet ungemein teuer machte, so daß am Ende ein Tag Tibet auf etwa 1.000 DM zu stehen kam.

Durch die Umleitung des Tourismus von Nepal nach Tibet werden sowohl die Reisezeiten als auch die Anlieferungen der für den Tourismus benötigten Güter außerordentlich erleichtert - und verbilligt. Der Verkehr vollzieht sich nicht nur über Gebirgsstraßen, sondern auch per Luft. Zu diesem Zwecke ist inzwischen eine Linie von Kathmandu nach Lhasa eingerichtet worden.
-we-

*(2)

Die Beziehungen zwischen China und Pakistan sind weiterhin optimal

Seit Jahren hat China in seiner Außenpolitik immer wieder klargestellt, daß es Pakistan für einen seiner wichtigsten Verbündeten hält - eine Tatsache, die auch dadurch noch unterstrichen wurde, daß kein anderes Land mehr Ent-

wicklungshilfe von China erhalten hat als die Islamische Republik. Diese Hilfe erstreckt sich auch auf den militärischen Bereich und ist sogar in den Ruf geraten, nukleare Unterstützung miteinzubeziehen - eine Tatsache, die von China immer wieder bestritten wird (Einzelheiten zum chinesisch-pakistanischen Verhältnis in C.a., Dezember 1980, Ü 5, Januar 1981, Ü 13, April 1982, Ü 8 und August 1983, Ü 6).

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten haben sich neuerdings durch drei Ereignisse noch mehr aufgehellt.

a) Da war einmal der Besuch des pakistanischen Ministerpräsidenten, Junejo, in Beijing (November 1985), bei dem beide Seiten erneut ihre vollständige Übereinstimmung in sämtlichen Südasien und Afghanistan betreffenden Fragen feststellen konnten (20.11.85). China forderte Pakistan auf, in seiner bisherigen SAARC (South Asian Alliance for the Region Cooperation) fortzufahren. Diesem Bündnis gehören die sieben südasiatischen Länder Indien, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka, Bhutan, Nepal und die Malediven an. Die sieben SAARC-Länder stellen mit einer Milliarde Menschen nicht weniger als ein Viertel der Weltbevölkerung. Ziel der Vereinigung ist es vorerst, die bilateralen Beziehungen der Mitgliedsländer untereinander als eine "zusätzliche Dimension in die südasiatische Außenpolitik einzu beziehen". Für die Region bedeutet das: Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und Bevölkerungskontrolle, Meteorologie, Postwesen, ländliche Entwicklung, Wissenschaft und Technologie, Sport, Kunst, Telekommunikation und Transportwesen. Das Provisorische Sekretariat der SAARC soll seinen Sitz in Dhaka erhalten.

Freilich besteht die Gefahr, daß vor allem Pakistan, Bangladesh und Sri Lanka den bilateralen Handel mit westlichen Exporteuren demjenigen mit Indien bevorzugen.

Obwohl die Entwicklung einer südasiatischen Regionalgemeinschaft erst am Anfang steht und obwohl sie mit zahlreichen Problemen belastet ist, sieht China in ihr doch einen hoffnungsvollen Ansatz für eine Selbststärkung der Region, die sich am Ende im antihegemonistischen Sinne auswirken könne.

b) Mit Genugtuung hat China außerdem zur Kenntnis genommen, daß Pakistan nach acht Jahren Militärrherrschaft das Kriebsrecht aufgehoben hat. Am 7. Juli 1977 war über das Land zum dritten Mal in seiner Geschichte das Kriebsrecht verhängt worden, das inzwischen am

30. Dezember 1985 aufgehoben wurde. China hofft, wie es mehrmals betont (XNA, 31.12.85), daß damit die Demokratisierung des Landes schnell um sich greifen könne. Allerdings sei das Land auch jetzt noch mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. In den letzten Monaten kam es öfters zu Streiks und Kriminalität; Probleme werfen auch die drei Millionen afghanischen Flüchtlinge auf, die nach Pakistan geflohen sind und eine schwere Belastung für die dortige Wirtschaft darstellen.

c) Schließlich kam es im Februar 1986 zu einer erfolgreichen Tagung des gemeinsamen chinesisch-pakistanischen Grenzprüfungsausschusses (vgl. dazu die nachfolgende Übersicht).

Die engen chinesisch-pakistanischen Verbindungen haben dafür gesorgt, daß sowohl Indien als auch die Sowjetunion die angebliche "Aufrüstung" Pakistans durch die Volksrepublik teils mit Sorge, teils mit bissigen Kommentaren verfolgen.

1984 beschuldigte Indien beispielsweise die Chinesen, daß sie drei ihrer Kompanien in das Hunza-Gebiet hätten einmarschieren lassen und daß die Truppen dort an vier verschiedenen Stellen Kasernen errichtet hätten. Dies alles sei geschehen, nachdem Pakistan kurz vorher der Errichtung von Militärstützpunkten in Gilgit und Karachi durch China zugestimmt habe. China bezeichnete solche Berichte als "reine Erfindung mit durchsichtigen Beweggründen" (XNA, 30.8.84).

Ein weiterer Vorwurf besteht darin, daß China die Pakistanis bei der Entwicklung einer Atombombe unterstütze. Auch dieser Bericht wurde seit 1984 kontinuierlich als "haltlos" zurückgewiesen (z.B. XNA, 24.7.84).

Die militärischen Beziehungen der USA und Chinas zu Pakistan sind ein Lieblingsthema sowjetischer Kommunikationsmittel. Beide Länder "spickten", wie es beispielsweise in der "Prawda" vom 4. Januar 1982 heißt, "Pakistan mit Waffen voll". Die USA wollten Pakistan zu einer Basis ihrer "schnellen Eingreiftruppen" für die Verteidigung des Persischen Golfs machen, während Beijing den Pakistanis die Rolle eines "Ruhestörers in der Region" zugedacht habe.

Als Beweis dafür werden immer wieder chinesische Waffenlieferungen an Pakistan angeführt, u.a. die Lieferungen von drei Staffeln von chinesischen Kampfflugzeugen des Typs A-5 an Pakistan (dazu beispielsweise Le Monde, 18.2.83). Ferner werden auch die Militärdé-

legationen beider Länder, die ziemlich häufig ausgetauscht werden, mit kritischen Kommentaren verfolgt. Im November 1983 besuchte der Oberkommandierende der chinesischen Marine, Liu Huaqing, Pakistan und wurde dort von Staatspräsident Zia mit der höchsten Auszeichnung des Landes bedacht (XNA, 15.11.83). Im Mai 1984 besuchte der pakistanische Oberkommandierende der Marine umgekehrt die VBA (XNA, 14.5.84). Vorausgegangen waren bereits gegenseitige Besuche der Luftwaffen- und der Generalstabschefs beider Länder. Eine Delegation unter Leitung des chinesischen stellvertretenden Generalstabschefs, He Zhengwen, besuchte im Januar 1985 Pakistan. Bereits im August 1984 hatte sich das pakistanische Verteidigungsministerium zu der Erklärung gezwungen gesehen, daß in Karachi nicht, wie es indischerseits behauptet wurde, eine chinesische Marinebasis eröffnet werde. Es gebe auch, um dies nochmals zu betonen, keine chinesischen Landtruppen im Hunza-Bereich und auch keinen Luftwaffenstützpunkt Chinas in Gilgit.

Außerdem weist die chinesische Seite immer wieder darauf hin, daß Pakistan gegen Indien keine militärische Chance habe; betrage doch das Bevölkerungsverhältnis beider Staaten zueinander etwa 9:1. Außerdem sei die indische Armee etwa eineinhalbmals größer als die pakistanische. Hier von Bedrohung zu sprechen, sei wenig überzeugend (so z.B. BRu 1981, Nr. 52, S. 3f.). Umgekehrt könne niemand leugnen, daß Pakistan der Bedrohung durch die sowjetischen "Hegemonisten" ausgesetzt sei. Die sowjetische Invasion in Afghanistan bilde eine Gefahr für Pakistan und füge dem Staat Verluste an Menschenleben und Sachschäden zu. "Um seine Unabhängigkeit und Sicherheit zu wahren, muß Pakistan Militärhilfe von anderen annehmen. Dies wird in der internationalen Gemeinschaft Verständnis und Sympathie finden. Die südasiatischen Staaten haben keinen Grund, sich deshalb Sorgen zu machen" (ebenda).

Ferner weist Beijing darauf hin, daß es nicht Indien ist, das gefährdet sei, sondern daß gerade umgekehrt Pakistan sich als "Sandwich" zwischen einem sowjetisch besetzten Afghanistan und einem feindlichen Indien betrachten müsse. Von Pakistan her führten immerhin nicht weniger als sechs Pässe nach Nordwestpakistan, nämlich Khyber, Kurram, Batui, Torkhan, Khand und Khojak (allerdings sollte man demgegenüber wiederum bedenken, daß von den zwölf pakistanischen Divisionen acht auf Indien, dagegen nur vier auf Afghanistan hin ausgerichtet sind).

Schließlich betont China, daß es in seiner Südasienpolitik seit dem Simla-Abkommen zwischen Pakistan und Indien (1972) immer wieder auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten gedrängt habe.

Seit dem Antritt des neuen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi glaubt Beijing deutliche Anzeichen von Entspannung bemerkt zu haben. Gandhi habe sich im Dezember 1985 mit dem pakistanischen Präsidenten Zia getroffen und dabei eine mündliche Vereinbarung über gegenseitigen Nichtangriff getroffen. Während des Gipfeltreffens wurden weitere Sitzungen zwischen beiden Regierungen auf höherer Ebene vereinbart. Vielleicht finden nun Projekte ihre Verwirklichung, die schon seit Jahren auf ihre Erfüllung warten. -we-

*(3)

Die chinesisch-pakistanische Grenze, der Khunjerab-Paß und der wachsende Grenzhandel

Vom 14. bis 24. Februar 1986 tagte der gemeinsame chinesisch-pakistanische Grenzprüfungsausschuß in Beijing und unterzeichnete dort auch ein Protokoll (XNA, 25.2.86). Zwischen beiden Seiten war am 2. März 1963 ein Grenzabkommen geschlossen worden, durch das der Verlauf im Bereich Xinjiang/Pakistanisch-Kaschmir festgelegt wurde (der Text findet sich in Bd. XII/4 der Schriften des Instituts für Asienkunde ("Verträge der VR China mit anderen Staaten"), Wiesbaden 1968, S. 258 ff.). In Art. VI des Abkommens heißt es, daß beide Vertragspartner "nach der Beilegung des Streits um Kaschmir zwischen Pakistan und Indien miteinander erneut in Verhandlungen über die Grenze eintreten werden, damit anstelle des vorliegenden Abkommens ein offizieller Grenzvertrag abgeschlossen werden kann". China hat sich hier m.a.W. aus den indisch-pakistanischen Streitigkeiten um Kaschmir heraushalten wollen.

Sollte es um den Grenzverlauf "etwaige Meinungsverschiedenheiten" geben, so sollen sie durch "freundliche Beratung auf friedlichem Wege beigelegt werden". Die vom gemeinsamen Grenzprüfungsausschuß getroffenen Vereinbarungen haben offensichtlich der Beilegung solcher "Meinungsverschiedenheiten" gedient.

Der Grenzhandel zwischen beiden Nachbarstaaten wurde vor allem durch die Eröffnung des Khunjerab-Passes belebt. Der Verkehr auf diesem schwierigen Paßstück wurde am 27. August 1982 in einer feierlichen Eröffnungszeremonie freigegeben.

Der Bau der 616 km langen Karakorum-Straße, die teilweise auf der Trasse der alten Seidenstraße aus dem 14. Jhd. verläuft, war zwischen Pakistan und China zwei Jahre nach dem chinesisch-indischen Grenzkrieg (1962) vereinbart worden. Die Bauarbeiten an dieser - von China so genannten - "Freundschaftsstraße" hatten sich über fast eineinhalb Jahrzehnte hingezogen. Zwei Möglichkeiten gab es, um das Karakorum-Massiv zu überwinden, nämlich entweder über den Khunjerab- oder aber über den westlich davon gelegenen Mintaka-Paß. Die letztere Route wurde im August 1969 wiedereröffnet, als nämlich eine chinesische Karawane mit fünfzig Kamelen nach Pakistan zog. Als eigentliche Trasse wurde jedoch der Weg über den 4.600 m hohen Khunjerab-Paß gewählt. Der Paßweg dorthin führt zunächst entlang den Flüssen Indus, Gilgit und Hunza. Der Paßsattel liegt bei 4.600 m - womit die höchste Asphaltstraße der Welt entstand. Das letzte Teilstück zwischen Pakistan und China führt durch das alte Fürstentum von Hunza, das sich - umgeben von den Bergmassiven des Karakorum, des Pamir und des Hindukush - neun Jahrhunderte lang seine Unabhängigkeit hatte bewahren können, bis es gegen Ende des 19. Jhdts. von britischen Truppen unterworfen wurde und bis es schließlich - i.J. 1974 - endgültig in das pakistanische Hoheitsgebiet einbezogen wurde. Heutzutage ist Hunza Teil des Distrikts Gilgit. Bis 1956 war Hunza vom Süden her nur mit Jeeps erreichbar. Dies hat sich inzwischen geändert. Nachdem chinesische und pakistanische Bautrupps insgesamt 16,9 Mio. cbm Steine und Erde bewegt und 85 Brücken gebaut haben, ist eine asphaltierte Strecke entstanden, die breit genug ist für zwei Fahrzeuge und die nicht nur militärisch benutzbar ist, sondern die inzwischen als eine Art Saugrohr für den Himalaya-Tourismus dient (weitere Einzelheiten in C.a., Juli 1982, S. 415). Die Straße verläuft durch eine Region, in der sich 12 der 18 höchsten Berggipfel der Erde befinden. Hier verlaufen auch die größten Gletscher, sieht man einmal von denen der Polarzone ab.

Indien protestierte schon am Tage der Eröffnung des Khunjerab-Passes gegen diese Straßenverbindung, wobei als offizielles Argument vorgetragen wurde, daß der Paß innerhalb Kaschmirs liege, das ja von Indien beansprucht wird.

Neben politischen Bedenken haben offensichtlich aber auch militärische Befürchtungen eine Rolle gespielt. Die Straße führt an einer Stelle bis auf etwa 60 km an das Gebiet von Indisch-Kaschmir heran. Srinagar, die Hauptstadt des indi-

schen Teils von Kaschmir und eine der stärksten Militärbasen Indiens im Norden des Landes, ist nur 150 km entfernt. Denkt der indische Generalstab an die indisch-chinesischen Auseinandersetzungen von 1962, so kann ihm bei diesem Gedanken nicht wohl sein.

Indischerseits hat man sich auch die Frage gestellt, warum neben der Straße über den Mintaka-Paß nun noch ein zweiter Paßweg eröffnet wurde. Die Antwort fällt nicht schwer: Zwei Paßstraßen bieten größere Sicherheit gegen Störungen durch Erdbeben als eine einzige. Die pakistanisch-chinesischen Straßenbauer mußten bereits 1974 erleben, welch verheerende Wirkungen Bergrutsche anzurichten vermögen. Damals gingen nahe Hallel Kush nicht weniger als 5 Mio. cbm Geröll nieder und verschütteten Teile des Straßenbetts. Zweitens aber ist der Mintaka-Paß, wie bereits erwähnt, nur unzureichend ausgebaut, so daß es einer moderneren Streckenführung bedurfte. Im Grunde genommen ist der Mintaka-Paß auch heute nur für Karawannen benutzbar.

Die militärischen Bedenken Indiens dürften etwas übertrieben sein: Einmal ist die Paßstraße, die ja mit so vielen Brücken "gespickt" ist, jederzeit leicht unterbrechbar - zumal die Gegend im Operationsbereich der indischen Luftwaffe liegt; zweitens wäre es auch so gut wie unmöglich, über die Berge hinweg zu operieren, die Pakistanisch-Kaschmir von Indisch-Kaschmir trennen.

Eine wirtschaftliche Auswirkung hat der Bau der "Freundschaftsstraße" zwischen beiden Ländern auf alle Fälle, nämlich eine Erweiterung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den beiderseitigen Grenzregionen. Aus diesem Grunde sind in den letzten Jahren auch immer wieder neue Grenzhandelsabkommen unterzeichnet worden (vgl. z.B. XNA, 15.8.84) (Karte in C.a., Dezember 1974, S.766)

Seit der ersten Septemberwoche d.J. 1985 besteht ein Postdienst zwischen Pakistan und der Provinz Xinjiang, der auf dem Weg über den Khunjerab-Paß abgewickelt wird. Ein entsprechendes Abkommen war in Kashgar/Xinjiang zwischen Pakistan und China Mitte Juli 1985 abgeschlossen worden. Am 13. November 1985 wurde überdies ein Grenzhandelsabkommen in Urumqi unterzeichnet, das dem beiderseitigen Grenzhandel weitere Impulse geben sollte. Bereits 1984 waren zwischen beiden Partnern Waren im Werte von 4,5 Mio. Rupees ausgetauscht worden, 1985 waren es 5 Mio. (XNA, 13.11.85). -we-

*(4)

Genugtuung über den Machtwechsel auf den Philippinen

Die VR China hat sich während des Wahlkampfes mit ihren Kommentaren zurückgehalten, dann allerdings, als der Sieg Corazon Aquinos feststand, sofort gratuliert und positive Kommentare abgegeben. Im Telegramm Li Xiannians vom 27. Februar 1986 war von der "langen traditionellen Freundschaft" zwischen beiden Völkern die Rede, die auch in Zukunft "weiter konsolidiert und verstärkt werden" möge (XNA, 28.2.86). Ein ähnliches Telegramm entsandte auch Ministerpräsident Zhao Ziyang, und zwar an seinen Amtskollegen Salvador Laurel, der inzwischen Vizepräsident und Premierminister der Philippinen ist. Beide Staaten sollten ihre Beziehungen auch weiterhin auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz basieren lassen (XNA, 28.2.86).

Nach einem Kommentar von Mei Zhenmin (XNA, 28.2.86) ist der Machtwechsel, der die "Stabilisierung der politischen Lage und die Verteidigung der Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum positiv beeinflussen wird", das "Ergebnis der Verschärfung der gesellschaftlichen Konflikte auf den Philippinen in den letzten Jahren". Zwar habe sich während der zwanzig Jahre der Marcos-Herrschaft die Wirtschaft entwickelt, doch gleichzeitig sei die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer geworden. Nicht weniger als die Hälfte der Bevölkerung lebe in Armut. Die wirtschaftliche Rezession der westlichen Industriestaaten Anfang der achtziger Jahre habe einen enormen Rückgang der philippinischen Exporte mit sich gebracht und habe gleichzeitig die Auslandsschulden des Landes ansteigen lassen. Die Ermordung von Oppositionsführer Aquino im August 1984 habe in der Bevölkerung weitere Empörung ausgelöst. Die amerikanische Regierung schickte daraufhin einen Sonderbotschafter auf die Philippinen und forderte von Marcos Reformen, um die Situation zu stabilisieren. In seiner Verlegenheit kündigte Marcos im November 1985 vorzeitige Präsidentschaftswahlen an. Die Wahlen vom 7. Februar 1986 führten jedoch nicht zu der von Marcos erhofften Stabilisierung der politischen Lage, sondern zur Machtprobe. Marcos veranlaßte zwar die Nationalversammlung, seine Wiederwahl zu verkünden, doch wurden die Fälschungsvorwürfe aus dem In- wie aus dem Ausland so heftig, daß er immer mehr in die Enge getrieben wurde.

Dies nützte einerseits der Opposition und veranlaßte gleichzeitig einige junge Offiziere, sich von Marcos loszusagen und eine Reform-

bewegung in der Armee durchzuführen. Auch einige Gouverneure unterstützten die Opposition, und Botschafter im Ausland traten von ihrem Posten zurück.

Am 22. Februar schlossen sich Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile sowie der amtierende Generalstabschef Fidel Ramos der Opposition um Corazon Aquino an. Am 24. Februar verhängte Marcos daraufhin den Ausnahmezustand und versuchte, den "Putsch" mit Waffengewalt zu unterdrücken, doch es war zu spät. Wegen des Zusammenschlusses der oppositionellen Kräfte und wichtiger Militärs sowie angesichts der Massendemonstrationen der Bevölkerung von Manila sah sich Marcos gezwungen, die Philippinen zu verlassen.

China zeigt sich in all seinen Verlautbarungen darüber erleichtert, daß die Krise auf den Philippinen friedlich gelöst wurde, daß es also kein Blutvergießen und schon gar keinen Bürgerkrieg gab. Selbst der Luft- und Eisenbahntransport verlaufe störungsfrei (XNA, 28.2.86).

Während der turbulentesten Tage nahm China bezeichnenderweise nicht selbst zu den Ereignissen Stellung, sondern zitierte stellvertretend die japanische Haltung. "Japan wünscht, daß die Krise auf den Philippinen ein baldiges Ende nimmt" (XNA, 24.2.86) und "Japan fordert Marcos auf, ein Blutvergießen zu vermeiden" (XNA, 25.2.86) hieß es bezeichnenderweise in Xinhua.

Bereits wenige Tage nach dem Umsturz, nämlich am 5. März, kam die erste chinesische Delegation nach Manila. Kulturminister Zhu Muzhi unterzeichnete bei dieser Gelegenheit das Ausführungsprogramm des Kulturabkommens zwischen beiden Ländern für die Jahre 1986 und 1987.

Staatsvizepräsident, Premierminister und Außenminister Laurel bedeutete seinem Gast, daß die neue Regierung den Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten, vor allem zur VR China, besonderes Augenmerk widmen werde. Die Philippinen und China seien niemals Feinde gewesen und hätten auch keine schwierigen Probleme miteinander. Manila anerkenne nach wie vor nur ein China (XNA, 6.3.86). -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

*(5)

Die Volksrepublik wird Mitglied der Asiatischen Entwicklungsbank

Die Volksrepublik China wurde zum 47. Mitgliedsland der Asiatischen Entwicklungsbank. Mit Chinas Bei-

tritt erweiterte sich das Tätigkeitsgebiet der Bank auf ein Gebiet, in dem 2,5 Mrd. Menschen leben - die Hälfte der Weltbevölkerung. Die Mitgliedschaft der Volksrepublik begann am 10. März 1986, nachdem alle Formalitäten erfüllt worden waren, darunter die Zahlung der ersten Rate des Anteils am Bankkapital.

Die Volksrepublik hat 114.000 Anteile des Bankkapitals gezeichnet, und zwar im Wert von 1.140 Mio. Sonderziehungsrechten (das sind 1.317,7 Mio. US\$ nach dem gegenwärtigen Wechselkurs). 12% dieses Betrages, also 136,9 Mio. Sonderziehungsrechte (158,2 Mio. US\$) stellen den sogenannten eingezahlten Anteil dar, der Rest besteht aus den abrufbaren Anteilen.

Mit dem Eintritt der Volksrepublik hat sich das genehmigte Kapital der Bank von 14,8 Mrd. auf 15,9 Mrd. Sonderziehungsrechten erhöht. Die Bank hat nun 32 Mitgliedsländer aus Asien und 15 Mitgliedsländer aus nichtasiatischen Gebieten.

Die Asiatische Entwicklungsbank gehört zu jenen internationalen Finanzorganisationen, deren Zielsetzung auf die Förderung des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungsländern ausgerichtet ist. Die Bank ist eine regionale Entwicklungsbank, wobei Regionalität im Sinne der Vereinten Nationen, d.h. kontinental, zu verstehen ist. Die Bank wurde zwar auf Anregung der damals sogenannten UN Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE) in Manila gegründet und dort im Dezember 1966 offiziell eröffnet, sie ist jedoch anders als die Weltbank keine Teilorganisation der Vereinten Nationen.

Chinas Beitritt waren mehrjährige Verhandlungen vorausgegangen. Anfänglich hatte die Volksrepublik auf einem Ausschluß Taiwans bestanden. Inzwischen stimmte Beijing aber einer Kompromißlösung zu, die Taiwan das Recht einräumt, in der Organisation zu verbleiben, den Inselstaat aber zwingt, seinen in der Entwicklungsbank bisher gültigen Namen "Republic of China" aufzugeben. Die Volksrepublik ist als "People's Republic of China" eingetragen. Taiwan protestierte bis zum Schluß gegen den Eintritt der Volksrepublik in die Bank. Trotz immer wieder geäußerter Drohungen, Taiwan werde sich im Falle eines Beitritts der Volksrepublik freiwillig aus der Bank zurückziehen, entschloß sich Taibei aber dennoch, in der Bank zu verbleiben.

Das von der Volksrepublik erworbene Aktienpaket läßt das Land stimmgemäß zum zweitmächtigsten

asiatischen Land innerhalb der Bank werden. An erster Stelle steht Japan mit einem Stimmenanteil von 12,7%; nach der Volksrepublik mit 6,2% folgt Indien mit 6,1%. Taiwan liegt mit 1,4% der Stimmen weiter hinten auf der Rangliste zusammen mit Bangladesch, das auf rund 1,3% aller Stimmen kommt. Zu den größten außerregionalen Mitgliedstaaten der Bank zählen die USA mit einem Stimmenanteil von 12,5%, Kanada mit 5,1% und die Bundesrepublik Deutschland mit 4,3%.

Bislang trafen nach Angaben der Bank keine Finanzierungsanfragen aus der Volksrepublik ein. Einzelne kleinere Länder aus der Region drückten aber bereits die Furcht aus, die Volksrepublik werde künftig einen Großteil der Kredite und Projekte für sich in Anspruch nehmen wollen. Der Präsident der asiatischen Entwicklungsbank, Masao Fujioka, hatte sich seit seinem Amtsantritt im November 1981 aktiv für eine Beteiligung der Volksrepublik China in der Asiatischen Entwicklungsbank eingesetzt.

Wie die Volksbank der Volksrepublik China am 17.3.1986 mitteilte, ist die Präsidentin der Volksbank, Chen Muhua, zum chinesischen Gouverneur bei der Asiatischen Entwicklungsbank ernannt worden. Der stellvertretende Gouverneur wurde Che Peiqin, ein führendes Mitglied der Volksbank.

An der 19. Jahrestagung des Gouverneursrates der Asiatischen Entwicklungsbank, die in Manila vom 30. April bis zum 2. Mai 1986 stattfinden wird, wird eine chinesische Delegation unter Führung von Chen Muhua teilnehmen. (News Release No. 33/86 der Asian Development Bank, 10. März 1986; NZZ, 13.3.86; XNA, 18.3.86) -lou-

INNENPOLITIK

*

*

*(6)

15. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Der Ständige Ausschuss des VI. Nationalen Volkskongresses trat vom 11. bis 19. März 1986 zu seiner 15. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Sitzung des ständigen Parlamentsorgans der Volksrepublik China stand die Vorbereitung der 4. Tagung des VI. NVK. Bereits im Januar hatte der Ständige Ausschuss auf seiner 14. Sitzung die Einberufung der diesjährigen Plenartagung für den 25. März beschlossen (siehe C.a., Januar 1986, Ü 12). Auf der 15. Sitzung verabschiedete der Ständige NVK-Ausschuss einen Tagesordnungsentwurf und folgend drei Gesetzentwürfe, die von der

4. Tagung des NVK endgültig behandelt werden sollen: die allgemeinen Regeln des Zivilrechts, das Gesetz über die allgemeine Schulpflicht und das Gesetz über Unternehmen in Auslandsbesitz. Darüber hinaus stehen der Entwurf des 7. Fünfjahresplans (1986-1990), der Bericht über den laufenden Jahresplan, der Bericht über den Staatshaushalt von 1985 und über das Haushaltsbudget für 1986 sowie verschiedene Rechenschaftsberichte auf der Tagesordnung der NVK-Plenartagung.

Der Ständige NVK-Ausschuss verabschiedete auf seiner 15. Sitzung auch das Gesetz über Bodenschätze (Text in RMRB, 20.3.86) und beschäftigte sich mit den Entwürfen für ein Bodengesetz und für die revidierte Fassung der Ordnungswidrigkeitenverordnung von Oktober 1957. Schließlich wurden das Konsularabkommen mit der Demokratischen Volksrepublik Korea ratifiziert und einige personelle Entscheidungen getroffen (RMRB, 12., 16. u. 20.3.86). -sch-

*(7)

Beginn der 4. Tagung des VI. NVK

Die 4. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses begann am 25. März 1986 mit dem Bericht von Ministerpräsident Zhao Ziyang über den Entwurf des 7. Fünfjahresplans (1986-1990). An der auf 17 Tage terminierten Tagung nahmen über 2.700 NVK-Delegierte teil - insgesamt hat das Parlament der VRCh 2.974 Abgeordnete (vier weitere Mandate sind gegenwärtig vakant). Die wichtigsten Tagesordnungspunkte der diesjährigen Plenartagung des Nationalen Volkskongresses sind in der voranstehenden Übersicht aufgeführt. Im Zentrum der Beratungen stand der 7. Fünfjahrplan. CHINA aktuell wird in einer der nächsten Ausgaben ausführlich über die NVK-Tagung und über den neuen Fünfjahrplan berichten. -sch-

*(8)

Parteiausschluß von Zhou Erfu

Auf Beschluß der Zentralen Disziplinarkontrollkommission ist der Schriftsteller Zhou Erfu (72) aus der Kommunistischen Partei Chinas ausgeschlossen worden. Gleichzeitig verlor Zhou auch seine Ämter als stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland und als stellvertretender Vorsitzender des Komitees für kulturellen Austausch mit dem Ausland beim Kulturministerium. Zhou Erfu wurde allgemein der Vorwurf gemacht, während seines Japanbesuchs vom 20. Oktober bis 12. November 1985 gegen die disziplinarischen Vorschriften im Zusammenhang mit Auslandskontakten verstoßen und